



MEMORANDUM OF UNDERSTANDING

Gemeinsame Erklärung zu einer möglichen deutschen Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele

Version 4, 12. Oktober 2023





Eine Bewerbung Deutschlands für Olympische und Paralympische Spiele auf der Grundlage des von der Mitgliederversammlung des Deutschen Olympischen Sportbundes im Dezember 2022 beschlossenen Strategieprozesses bedarf von Beginn an eines entschlossenen Zusammenwirkens von DOSB, Bund, Ländern und Kommunen.

Daher bringen wir im Rahmen unserer jeweiligen verfassungsmäßigen Kompetenzen bzw. satzungsgemäßen Aufgaben im Falle einer Bewerbung unsere Unterstützung für diesen Prozess mit folgender gemeinsamer Erklärung unsere Unterstützung für diesen Prozess zum Ausdruck:

Bewerbungskonzept

- Eine Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele verstehen wir als gemeinsame, nationale Aufgabe mit dem Ziel, Mehrwerte für das ganze Land zu schaffen. Unabhängig davon, ob, wo und wann Olympische und Paralympische Spiele schlussendlich in Deutschland stattfinden sollen.
- Wir begrüßen ausdrücklich das reformierte Bewerbungsverfahren des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), das mit zahlreichen Erleichterungen, Vereinfachungen und vor allem mit einer erheblichen Kostenreduzierung für die Bewerber verbunden ist.
- Ausgangspunkt für ein noch zu erstellendes Ausrichtungskonzept sind die Prämissen und Ziele, die dem Strategieprozess des DOSB zu Grunde liegen. Dazu gehören die umfassende Berücksichtigung nachhaltiger Themen, insbesondere die ausschließliche Nutzung vorhandener oder temporär ertüchtigter Sportstätten, eine breite Beteiligung und Zustimmung der Bevölkerung, ein spürbarerer Impuls für die Sportentwicklung und ein ergebnisoffener Dialogprozess.
- Der DOSB ist als Nationales Olympisches Komitee laut Olympischer Charta der formale Absender einer möglichen Bewerbung. Wir erkennen an, dass seiner Mitgliederversammlung nach politischer Abstimmung die Entscheidung obliegt, welches Ausrichtungskonzept einer Bewerbung zu Grunde gelegt wird. Die Zustimmung der hiervon betroffenen Gebietskörperschaften erfolgt im Vorfeld.

Finanzierung

Die Kosten für die Vorbereitung und Erstellung eines
 Ausrichtungskonzepts (sog. Grobkonzept) bis voraussichtlich Mitte 2024
 in Höhe von etwa 1,8 Millionen



- Euro trägt der DOSB aus Eigenmitteln. Die beteiligten Gebietskörperschaften tragen lediglich die jeweils entstehenden Personal- und Reisekosten für die Teilnahme an dem Prozess.
- Nach Vorlage des grundsätzlichen Ausrichtungskonzepts (sog. Grobkonzept) durch den DOSB werden wir im Rahmen unserer jeweiligen Zuständigkeiten und vorbehaltlich der Zustimmung der entsprechenden Entscheidungsträger, Haushaltsgremien unseren finanziellen Beitrag zur Vorbereitung einer erfolgreichen Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele in Deutschland leisten, in die die Bevölkerung mit einbezogen werden soll.
- Für die Koordination, vertiefende Ausarbeitung und regionale Kommunikation eines finalen Bewerbungskonzepts in Vorbereitung einer internationalen Bewerbung – voraussichtlich von Mitte 2024 bis Ende 2025 – stellen die ausgewählten Gebietskörperschaften jeweils bis maximal 500.000 Euro zur Verfügung. Eine Teilung des Betrags zwischen Land und Kommune ist möglich, eine finale Entscheidung darüber obliegt den jeweiligen Gebietskörperschaften.
- Der DOSB wird mit der Präsentation des Ausrichtungskonzepts (sog. Grobkonzept) einen Kostenrahmen zur Organisation und Durchführung der Spiele präsentieren. Der Bund trägt vorbehaltlich der Entscheidung des Haushaltsgesetzgebers die Kosten für eine unabhängige Auditierung dieses Finanzierungskonzepts und beteiligt sich in einem angemessenen Umfang an den Kosten für die Fortführung der nationalen Beteiligungsformate und Kommunikationskampagne.
- Die Kosten für die Vorbereitung und Durchführung einer Bürgerbeteiligung tragen die ausgewählten Gebietskörperschaften jeweils selbst.
- Für die Teilnahme am internationalen Bewerbungsverfahren ist mit zusätzlichen öffentlichen Mitteln von insgesamt bis zu zehn Millionen Euro zu rechnen, die vorbehaltlich der Entscheidung der jeweiligen Haushaltsgesetzgeber in einem angemessenen Verhältnis vom Bund sowie den ausgewählten Gebietskörperschaften gemeinsam getragen werden. Eine exakte Abschätzung und Festlegung der Kostenteilung kann erst nach näherer Kenntnis des Bewerbungskonzepts und Vergabezeitplans des IOC erfolgen. Es ist aber aufgrund des geänderten IOC-Verfahrens zu erwarten, dass die Kosten deutlich unter denen vergangener deutscher Bewerbungen liegen werden.
- Rechtliche Verpflichtungen werden für die ausgewählten Gebietskörperschaften erst durch eine gesonderte Vereinbarung ausgelöst, die nach Präsentation des





Ausrichtungskonzepts (sog. Grobkonzept) gezeichnet wird. Darin werden insbesondere Finanzierung und Zusammenarbeit im nationalen und internationalen Bewerbungsverfahren im Detail geregelt.

Kommunikation

- Wir verpflichten uns gegenseitig zu einem partnerschaftlichen, fairen und transparenten Umgang und werden den Prozess und eine möglicherweise daraus folgende Bewerbung unabhängig vom Ergebnis dauerhaft politisch und kommunikativ unterstützen.
- Wir sind uns einig, dass ein sportfachlich wie politisch abgestimmtes Vorgehen und eine entsprechende öffentliche Kommunikation von hoher Bedeutung für den Erfolg des gemeinsamen Prozesses sind und werden die vom DOSB zu diesem Zweck eingerichtete Stabsstelle Olympiabewerbung als zentrale Anlauf- und Koordinationsstelle nutzen.

Unterzeichner*innen

Nancy Faeser

Bundesministerin des Innern und für Heimat der Bundesrepublik Deutschland

Joachim Hermann

Staatsminister des Innern des Freistaats Bayern

Iris Spranger

Senatorin für Inneres des Landes Berlin

Andy Grote

Innensenator der Stadt Hamburg

Andrea Milz

Staatssekretärin für Sport und Ehrenamt des Landes Nordrhein-Westfalen

Armin Schuster

Staatsminister des Innern des Freistaats Sachsen

Thomas Weikert

Präsident Deutscher Olympischer Sportbund

Dieter Reiter

Oberbürgermeister der Stadt München

Kai Wegner

Regierender Bürgermeister von Berlin

Peter Tschentscher

Erster Bürgermeister von Hamburg

Stephan Keller

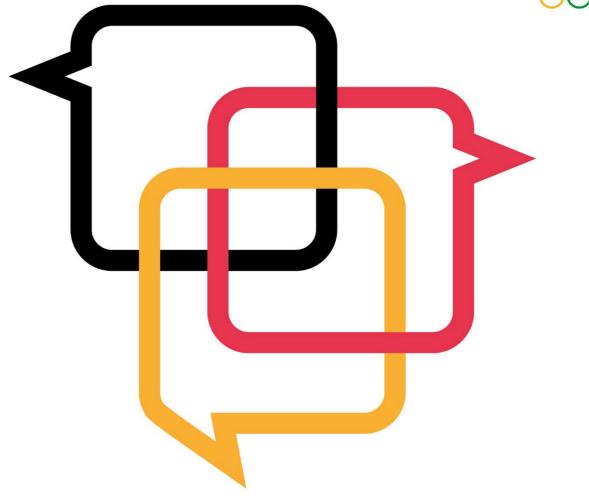
Oberbürgermeister der Stadt Düsseldorf

Burkhard Jung

Oberbürgermeister der Stadt Leipzig







MEMORANDUM OF UNDERSTANDING

Zusatzinformationen zur gemeinsamen Erklärung

Version 4, 12. Oktober 2023





Hintergrund

Olympische und Paralympische Spiele sind nach wie vor das größte Sportereignis der Welt. Bei keiner anderen Sportgroßveranstaltung wird die globale Diversität sowie der gesellschaftliche Stellenwert und die gesellschaftliche Verantwortung des modernen Sports sichtbarer.

Deutschland zählt zu den etabliertesten, passioniertesten und erfolgreichsten Sportnationen der Welt. Dennoch wurden von den 53 Olympischen Spielen der Neuzeit seit 1896 nur drei in Deutschland ausgetragen, zuletzt vor über 50 Jahren, 1972 in München.

Am 3. Dezember 2022 hat die Mitgliederversammlung den Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) einstimmig dazu ermächtigt, durch die Umsetzung der ersten Stufe der "Roadmap Olympiabewerbung" zu prüfen ob, für welches Jahr, mit welchen Austragungsorten und unter welchen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen sich Deutschland erneut um die Ausrichtung Olympischer und Paralympischer Spiele bewerben soll. Basierend auf den Erkenntnissen vergangener, erfolgloser Bewerbungen und ausgerichtet am reformierten Bewerbungsprozess des IOC erfolgte dies unter folgenden Prämissen:

- Warum vor Wo, Wann und Wie Bevor wir uns mit konkreten Planungen beschäftigen, klären wir die übergeordnete Erwartungshaltung von Sport, Politik und Gesellschaft und machen diese zum Ausgangspunkt eines neuen Bewerbungskonzepts.
- Nachhaltige Nutzung der sportlichen Infrastruktur Ein Bewerbungskonzept soll ausschließlich auf vorhandenen oder temporär ertüchtigten Sportstätten basieren.
- Nach dem Heimspiel ist vor dem Auswärtsspiel Wir sichern zunächst die nationale Unterstützung und bereiten uns gleichzeitig durch mehr Vernetzung und Präsenz im Weltsport auf den internationalen Wettbewerb vor.
- Miteinander statt Gegeneinander Wir verzichten auf eine nationale Konkurrenz und entwickeln das Bewerbungskonzept gemeinsam mit den geeigneten und interessierten Städten und Regionen.
- Maximale Einbindung der Stakeholder Wir beteiligen Mitgliedsorganisationen, Athlet*innen, Bundesministerium des Innern und für Heimat, Städte und Länder über den gesamten Prozess in einer Lenkungsgruppe.
- Verbindliches Mandat der Gesellschaft Wir werden keine Bewerbung ohne eine überregionale Beteiligung und breite Unterstützung der Bevölkerung abgeben.





Roadmap-Prozess

Olympische und Paralympische Spiele haben, partizipativ geplant und zukunftsorientiert gedacht, einen Mehrwert für das ganze Land und alle Teile der Gesellschaft.

Entsprechend der Entscheidung der Mitgliederversammlung 2022 hat der DOSB im Jahr 2023 unter dem Titel "DEINE IDEEN. DEINE SPIELE." eine transparente Dialog- und Informationsinitiative gestartet, in deren Verlauf gemeinsam mit der deutschen Bevölkerung die Rahmenbedingungen für eine mögliche deutsche Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele diskutiert und behandelt wurden. Zusammengefasst sind die Ergebnisse der neun Fachtalks und fünf Dialogforen in Hamburg, Berlin, München, Leipzig und Düsseldorf in der "Frankfurter Erklärung." Diese umfasst einige Prämissen der deutschen Gesellschaft für die Erstellung eines Bewerbungskonzeptes und wird auf der DOSB-Mitgliederversammlung 2023 vorgestellt.

Darüber hinaus hat der DOSB entsprechend der "Roadmap Olympiabewerbung" eine Stabsstelle eingerichtet und gemeinsam mit dem Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) einen Lenkungskreis berufen, der das DOSB-Präsidium auf dem Weg zu einer Bewerbung sportfachlich und sportpolitisch berät.

Zielsetzung

In der 2021 gemeinsam von DOSB und dem Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) auf Grundlage eines breit angelegten Beteiligungsprozesses entwickelten "Nationalen Strategie Sportgroßveranstaltungen" wurden unter dem Leitthema "Gemeinsam. Mehr. Wirkung." bereits Leitlinien für zukünftige Bewerbungen um Sportgroßveranstaltungen erarbeitet.

Der Koalitionsvertrag der aktuellen Bundesregierung für 2021 bis 2025 fordert "Vergabe und Ausrichtung von internationalen Sportgroßveranstaltungen sollen strikt an die Beachtung der UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte und Nachhaltigkeit geknüpft sein" und will "zukünftige Bewerbungen für Sportgroßveranstaltungen aus Deutschland wie Olympische und Paralympische Spiele unterstützen, die von diesen Grundsätzen getragen sind und die Bevölkerung rechtzeitig einbeziehen."

Auch deshalb wollen wir gemeinsam ein Konzept erarbeiten, das im Sinne der Nationalen Strategie Sportgroßveranstaltungen:



- langfristige ökologische, ökonomische, gesellschaftliche und sportliche Mehrwerte für ganz Deutschland schafft
- Impulse im Breiten- und Spitzensport zur Nachwuchs- und Athlet*innen-Entwicklung setzt
- Werte des Sports in die Mitte der Gesellschaft trägt und aktive Lebensweisen unterstützt
- Ansehen und die internationale Wahrnehmung Deutschlands positiv prägt
- Vielfalt des Sports und Rolle unserer Sportverbände stärkt und diese weiterentwickelt
- Sportgroßveranstaltungen nutzt, um Nachhaltigkeitsziele zu unterstützen
- Zukunftstechnologien nutzt, um Impulse für Innovationen zu setzen.

Eine erneute deutsche Bewerbung um Olympische und Paralympische Spiele soll vor allem folgende Ziele verfolgen:

- Vielfalt, Integration und Teilhabe in Deutschland zu fördern
- die nationale Sportinfrastruktur bedarfsgerecht weiterzuentwickeln, zu modernisieren und somit eine bessere und langfristige Nutzung bestehender Sportanlagen zu ermöglichen
- internationale Begegnungen zu ermöglichen und damit einen wichtigen Beitrag zu Frieden und Völkerverständigung zu leisten
- der Gesellschaft sowie deutschen Athlet*innen unvergessliche Momente durch "Heimspiele" zu ermöglichen
- die Identifikation mit Deutschland zu erhöhen und Gäste aus aller Welt zu begrüßen
- auch für andere gesellschaftliche Bereiche wie beispielsweise Kultur, Wissenschaft und Bildung wichtige Impulse zu geben
- neue sportliche Vorbilder zu schaffen und somit junge Generationen zum Sport zu bringen
- Beispiele für ressourceneffiziente und -schonende Großveranstaltungen zu schaffen
- viele Menschen zu mehr Bewegung zu motivieren und somit Gesundheitsvorsorge durch mehr Sport zu unterstützen.

